

Mit der Stossrichtung einverstanden

Die Evangelische Kirche befürwortet die Bemühungen der Regierung, Kirche und Staat zu trennen. Einzig der Finanzierungsmodus überzeugt nicht. Mit einer Mandatssteuer drohe die Evangelische Kirche zu verarmen, hiess es gestern.

Von Janine Köpfl

Seit mehreren Jahren befasst sich auch die Evangelische Kirche in Liechtenstein mit den Fragen einer Neuordnung der Kirchen und Religionsgemeinschaften im Land. Eine Arbeitsgruppe des Kirchenvorstandes liess sich beraten und zog verschiedene Expertenmeinungen hinzu, um zu erfahren, was eine Trennung von Kirche und Staat für die Evangelische Kirche bedeuten würde. Kürzlich nahm sie Stellung zum Vernehmlassungsbericht der Regierung betreffend die Neuordnung des Staatskirchenrechts. Gestern wurde diese Stellungnahme der Presse vorgestellt.

Keine kirchenfeindliche Trennung

«Die Evangelische Kirche begrüsst die Stossrichtung des Entwurfs, welche auf eine Entflechtung von Staat und römisch-katholischer Kirche und die Herstellung von Parität zwischen den Religionsgemeinschaften abzielt», sagte Kirchenrechtler René Pahud de Mortanges, um das Wichtigste gleich vorwegzunehmen. Liechtenstein vollziehe damit eine Entwicklung, die in mehreren Ländern Europas stattfindet oder bereits stattgefunden hat. Die Regierung habe im Entwurf einen Weg gefunden, der keine kirchenfeindliche Trennung vorsieht. Vielmehr werde eine Kooperation zwischen Kirche und Staat ange-

strebt. Auch diesen Ansatz unterstützt die Evangelische Kirche. «In diesem System arbeiten Staat und Religionsgemeinschaften in jenen Bereichen zusammen, die beide betreffen», erklärte der Kirchenrechtler aus der Schweiz, der von der Evangelischen Kirche als Experte hinzugezogen wurde. «Der Staat bietet den Religionsgemeinschaften verschiedene institutionelle Hilfen an, weil er ihr Wirken als wertvoll für die Gesellschaft erachtet.»

Mit dem neuen Staatskirchenrecht, wie es von Regierungschef Otmar Hasler im Sommer vorgestellt wurde, könnte die Evangelische Kirche einen öffentlichrechtlichen Status anstreben. «Das wäre ein klarer Fortschritt für die Kirche», sagte René Pahud de Mortanges. «Im Moment ist sie auf den Goodwill des Landes angewiesen, denn vieles ist nicht geregelt.» Eine unbefriedigende Situation für die Kirche, besonders wenn es um den Religionsunterricht oder die Seelsorge geht.

Konkordat kommt nicht in Frage

Um aber die Position der Evangelischen Kirche stärken zu können, müsste das Religionsverfassungsrecht nicht vertraglich, sondern auf dem Gesetzesweg geregelt werden. Ein Konkordat, das heisst ein Staatskirchenvertrag mit dem Heiligen Stuhl, komme schon deshalb für die Evangelische Kirche nicht in Frage, weil sie viel kleiner ist als die römisch-katholische. «Die Kirchen hätten schon angesichts ihrer unterschiedlichen Mitgliederzahl unterschiedliche Verhandlungsmacht», wie es in der Stellungnahme heisst.

Mandatssteuer wird nicht reichen

Schlechter gestellt wäre die evangelische Kirche auch, wenn das vorge-



Präsentierten die Stellungnahme der Evangelischen Kirche: Karin Ritter, Hans Eggenberger, Wolfgang Stöss, René Pahud de Mortanges und André Ritter (v. l.).
Bild Daniel Schwendener

schlagene Mandatssteuersystem in Kraft treten würde. Das ist zumindest die Meinung des Kirchenvorstandes. Die Mandatssteuer ist eine Steuer zugunsten von Religionsgemeinschaften oder sozialen, kulturellen und humanitären Zwecken. Sie existiert heute in Spanien, Italien und Ungarn als Alternative zur Kirchensteuer und ähnlichen Konzepten zur Kirchenfinanzierung.

Die Angst der evangelischen Kirche: Die Einkünfte der Mandatssteuer könnten nicht reichen, um die Ausgaben der Kirche zu decken. Ausserdem führe das Mandatssteuersystem zu einer Konkurrenzsituation, die den Religionsfrieden in Liechtenstein gefährden könnte, befürchtet Pfarrer

André Ritter. Für ihn ist klar, wird die Mandatssteuer eingeführt, müssten die Religionsgemeinschaften um Mitglieder und deren Unterstützung buhlen. «Am Ende gewinnt, wer am meisten in die Werbung investieren kann.» Als sinnvoller erscheint ihm eine Kirchensteuer, die Mitglieder einer Religionsgemeinschaft bezahlen müssten. Natürlich könne man nicht ausschliessen, dass die Menschen aus der Kirche austreten, um Geld zu sparen. Dieses Risiko müsse man jedoch für eine grösstmögliche Transparenz eingehen, sind Pfarrerin Karin Ritter und Hans Eggenberger, Schatzmeister des Vereins, überzeugt. «Die Menschen sollen sich bewusst sein, für was sie bezahlen. Nicht so wie heute, wo je-

der ungefragt einen Teil seiner Steuern der römisch-katholischen Kirche zuschiesst.»

Nicht mehr dieses Jahr

Trotz finanzieller Sorgen ist Karin Ritter zuversichtlich, dass die Evangelische Kirche auch mit der Neuregelung erhalten werden kann.

Wann das neue Gesetz vor den Landtag kommen soll, steht noch nicht fest. André Ritter geht davon aus, dass es noch zu einigen Diskussionen führen wird. Er und Vereinspräsident Wolfgang Stöss hoffen aber, dass die neue Regierung und der neue Landtag, die Trennung von Kirche und Staat zu einem guten Ende führen werden.

LESERBRIEF

Vor 50 Jahren: Papst Johannes XXIII.

Am Abend des 28. Oktober 1958 ist im elften Wahlgang Angelo Giuseppe Roncalli zum Nachfolger von Papst Pius XII. gewählt worden. Ich erinnere mich noch gut an die Enttäuschung: kaum bekannt, fast 77 Jahre alt, der ganz ungewohnte Papstname Johannes XXIII., der äussere Unterschied zum schlanken, asketischen Vorgänger. Eine Frau habe bei seinem Erscheinen auf der Loggia das Fernglas sinken lassen mit der enttäuschten Bemerkung: «Oh, un grasso!» (ein Dicker) Nur ein Übergangspapst sei er, wurde allgemein gesagt. Doch dann kamen die Überraschungen, eine nach der anderen: Er verliess – damals völlig ungewohnt für einen Papst – immer öfter den Vatikan, ging zu Fuss durch die Gassen der Altstadt, liebte unangekündigte Spaziergänge in den vatikanischen Gärten, besuchte an Weihnachten ein Gefängnis, Krankenhäuser und ein Kinderspital – und was vor allem aufforchen liess: bereits ein Vierteljahr nach der Wahl

kündigte er ein Allgemeines Konzil an. Von seinem Privatsekretär Loris Capovilla wissen wir, wie es ihn schon kurz nach seiner Wahl beschäftigte, dass etwas zur Erneuerung der Kirche geschehen müsse und schon bald der Gedanke gekommen sei: ein Konzil!

In der Ansprache zur Eröffnung des Konzils am 11. Oktober 1962 brauchte er dafür den Ausdruck «un balzo inanzi» – einen Sprung nach vorne müsse die Kirche machen. Die grosse Mehrheit der Bischöfe unterstützte in den Diskussionen im Konzil die höchst notwendigen und vom Heiligen Geist gelenkten Reformen. Angesichts dessen, was nach dem Konzil noch fehlt oder sogar wieder zurückbuchstabiert wird, hat der Wiener Weihbischof Helmut Krätzl einem Buch sinnigerweise den Titel «Im Sprung gehemmt» gegeben. Ganz besonders in Erinnerung ist auch seine Einflussnahme und Diplomatie für den Frieden in der Welt; er war massgeblich daran beteiligt, dass kein III. Weltkrieg ausgebrochen ist. Der Übergangspapst Johannes XXIII. hat die Kirche und die Gesellschaft positiv verändert. Kardinal Leon Sue-

nens, der ehemalige Erzbischof von Brüssel († 1996), sagte über Papst Johannes XXIII.: «Aus der Sicht der Geschichte wird es ohne Zweifel erlaubt sein, zu sagen, dass er für die Kirche ein neues Zeitalter eröffnete und dass er für den Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert die Grenzpfähle absteckte.»

Franz Näscher, Pfr. i. R., St.-Anna-Gasse 11, Vaduz

Zur Weltwirtschaftskrise

Waren die Attacken unseres Finanzministers gegen Liechtenstein zu Anfang dieses Jahres lediglich Ablenkungsmanöver? Schlag man auf den Sack, weil man sich beim Esel nicht traute? Der grosse Crash war doch vorhersehbar, schliesslich kracht es doch seit Jahren im Gebälk. Nun aber ist hektische Betriebsamkeit angesagt, wo man sich eigentlich schon vor Jahr und Tag um diese Dinge hätte kümmern sollen. Nun ist das Geschrei gross. Die sich langsam, aber stetig zur Weltwirtschaftskrise ausweitende Fi-

nanzmisere ist wohl die schwerste seit 1929, als am 25. Oktober, dem «Schwarzen Freitag», alles zusammenbrach. Aber noch immer schleichen unsere Politiker wie die Katze um den heissen Brei herum, statt die Ursachen wenigstens zu benennen. Stattdessen hat man Banken und Banker an den Pranger gestellt. Leute aus dem zweiten Glied. Die Schuldigen sind sie beileibe nicht. Auch wenn Fehler gemacht worden sind und manche Leute den Hals nicht voll genug kriegen können. Meines Erachtens hat die gegenwärtige Krise zwei grundlegende Ursachen. Erstens die kreditfinanzierten Militärinterventionen des George W. Bush in Afghanistan, im Irak, in Somalia und anderswo. Kredite, für die im Grunde keine Deckung vorhanden ist. Zweitens die Globalisierung, die aus regionalen Konflikten weltweite werden lässt. Daraus gilt es, die Konsequenzen zu ziehen. Ob unsere Politik das erkennt? Hoffentlich, denn vielleicht ist es dazu noch nicht zu spät.

Siegfried Härtl, Kretschmerstrasse 40, Gera, Deutschland

Religiöse Kindererziehung

Kinder religiös zu begleiten, das ist heute für viele Eltern eine grosse und ganz eigene Herausforderung. Der Vortragsabend mit Helga Kohler-Spiegel in der Aula der Primarschule Mauren am kommenden Donnerstag, 30. Oktober, um 20.15 Uhr, gibt Einblick in die religiöse Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und zeigt, wie Eltern ihre Kinder im Glauben unterstützen und begleiten und dabei selbst eine Menge Neues und Spannendes entdecken können.

Die Pfarrei Mauren-Schaanwald schätzt sich glücklich, dass sie die aus ihren Vortragstätigkeiten in Deutschland, Österreich und der Schweiz sowie durch ihre zahlreichen Publikationen bekannte Helga Kohler-Spiegel als Referentin zu diesem wichtigen religiösen Thema gewinnen konnte. Helga Kohler-Spiegel ist Professorin für Religionspädagogik an der Pädagogischen Hochschule Vorarlberg, Psychotherapeutin und Supervisorin in eigener Praxis in Feldkirch sowie Mitglied internationaler Kommissionen. (pd)

«Unberechenbar. Der Faktor Mensch»



Vaterlandmagazin
autowinter

AM KOMMENDEN FREITAG.